

L-1 Transformation der Wirtschaft – Neuer Wohlstand in einer neuen Zeit

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 09.12.2023
Tagesordnungspunkt: TOP 3 Leitantrag Wirtschaft

1 Ein Leben in Zufriedenheit und Wohlstand, im Einklang mit dem Planeten, mit guten
2 Jobs, also
3 fairen Arbeitsbedingungen und langfristig gesicherten, soliden Einkommen– all das
4 wird nur
5 gelingen, wenn wir jetzt den Mut haben, unsere Wirtschaft klimaneutral fit für
6 die Zukunft
zu machen. Dafür braucht es verlässliche Rahmenbedingungen mit klimapolitischen
Zielen und
flankierende Investitionen. So bauen wir gemeinsam Berlin klimaneutral um,
stärken unsere
Wirtschaft und sichern Arbeitsplätze in der Metropolregion.

7 Ob Dienstleistungsunternehmen, Industrie oder Handwerk – um auch in Zukunft noch
8 schwarze
9 Zahlen zu schreiben, muss heute grün investiert werden. Weltweit sind wir längst
10 in einem
11 Wettbewerb um die besten Klimatechnologien, um neue Produktionsstätten und Jobs
12 der Zukunft.
13 China und die USA, aber auch Indien oder Japan haben große Investitionsprogramme
14 aufgelegt,
15 um beim Ausbau erneuerbarer Energien, bei der Batterieproduktion, bei
Wasserstofftechnologie, grüner Stahlproduktion, bei E-Mobilität oder Wärmepumpen
einen
Vorsprung auf den Weltmärkten zu erarbeiten. Umso wichtiger ist es, deshalb jetzt
an den
richtigen Stellschrauben zu drehen, damit Berlin und Brandenburg dem Wettbewerb
standhalten
können, Unternehmen nicht abwandern und sich neue Unternehmen hier ansiedeln.

16 Es ist Zeit für eine aktive bündnisgrüne Wirtschafts- und Industriepolitik, die
17 nachhaltig
18 und systemisch wirkt und immer die ökologischen Belastungsgrenzen unseres
19 Planeten anerkennt
20 und sich nach diesen ausrichtet. Wir schätzen die vielen Gründer*innen und

21 Unternehmer*innen
22 an unserer Seite, die längst aktiv an der Klimaneutralität und zukunftsfähigen
23 Geschäftsmodellen arbeiten. Sie tragen mit ihren Unternehmen Verantwortung für
24 die
25 Wertschöpfung in unserer Stadt. Und auch Gewerkschaften fordern einen
26 grundlegenden
27 ökologischen Umbau der sozialen Marktwirtschaft, um gut bezahlte Arbeitsplätze
28 dauerhaft zu
29 sichern und neue entstehen zu lassen. Sie sind unsere Mitstreiter*innen für
30 sozial-
31 ökologische Umverteilung. Das, was die Stadt Berlin dafür tun kann, muss nun
32 beherzt
33 angepackt werden; sei es bei der Wärmewende, beim Schaffen von Orten für kleine
34 und
35 mittelständische Unternehmen, bei der Digitalisierung der Betriebe und der
36 Verwaltung, bei
37 Anreizen für private Investitionen, bei der Durchsetzung der Tariftreue, bei der
Unterstützung klimaneutraler Ansiedlungen hier in Berlin oder in dem wir
Dienstleistungsberufe endlich deutlich aufwerten.

Berlin und Brandenburg sind auch dank grüner Regierungsbeteiligungen der letzten
Jahre gut
gerüstet und haben eine starke Ausgangsbasis für die anstehenden
Transformationsprozesse:
kreative Menschen mit innovativen Gründungsgeist, eine einzigartige
Wissenschafts- und
Forschungslandschaft, erneuerbare Energie, eine beispiellose digitale und
fortschrittsgetriebene Wirtschaft und urbane nachhaltige Lebenskultur. Berlin ist
bereits
heute Heimat für die Industrien der Mobilitäts- und Energiewende. Berlins Start-
Up- Szene
und Digitalwirtschaft denkt grün und nachhaltig.

38 Wir wollen eine aktive, bündnisgrüne Industriepolitik, die Ansiedlungen von
39 Unternehmen, die
40 ökologisch und sozial gerecht handeln und auch ansässige Werke und Unternehmen
41 dabei
42 unterstützt, klimaneutral zu werden. Wir Grünen stehen bereit als Partner*innen
43 für alle,
44 die eine klimaneutrale Re-Industrialisierung Berlins angehen. Wir wollen, dass
45 Berlin die
46 neuen Chancen nutzt, die der Bund durch unseren Wirtschaftsminister und
47 Vizekanzler Robert
48 Habeck eröffnet: seien es die neuen Förderrichtlinien bei der GRW
49 (Gemeinschaftsaufgabe
50 Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur) oder die neuen
51

Klimaschutzverträge.

Berlin hat sich seit den 2000er Jahren wirtschaftspolitisch stark verändert und solide aufgestellt. Die Orientierung an den fünf Clustern Gesundheit, IKT, Medien & Kreativwirtschaft, Energietechnik, Verkehr, Mobilität & Logistik sowie Optik & Photonik ist ein richtiger Weg, der der gesamten Hauptstadtregion in verschiedenen Branchen Arbeitsplätze schafft. Viele dieser Unternehmen sind nicht nur in Berlin/Brandenburg tätig sondern vertreiben ihre Produkte auf der ganzen Welt. Das unterstützen wir.

52 Die Ansiedlung von Unternehmen mit zukunftsweisenden Technologien bietet die
53 Chance auf eine
54 hohe Anzahl von Arbeitsplätzen in Berlin und Brandenburg. Doch die Transformation
55 kann
56 vollständig nur gelingen, wenn soziale und ökologische Errungenschaften sowie
57 betriebliche
58 Mitbestimmungsrechte auch zukünftig gewahrt und ausgebaut werden. Die Menschen im
59 Handwerk,
im Dienstleistungssektor oder der Industrie, deren Berufe oft ein Höchstmaß an körperlichem Einsatz und Verzicht auf persönliche Flexibilität erfordern, müssen vom Wirtschaftswandel profitieren. Dafür müssen Politik, Gewerkschaften und Unternehmen in diesen Bereichen eng und vertrauensvoll zusammenarbeiten.

60 Es sind vor allem die Menschen, die Berlin so attraktiv für
61 Unternehmensansiedlungen machen.
62 Und längst sind die vermeintlich weichen Themen zu harten Standortfaktoren
63 geworden:
64 bezahlbare Mieten, gute Kitas, Schulen, Hochschulen, Orte der Naherholung,
65 soziale und grüne
66 Infrastruktur, Gesundheitsinfrastruktur, ein attraktives Mobilitätsangebot des
67 Umweltverbands, kulturelle Angebote und eine internationale Willkommenskultur.
68 Wer dem
69 gerecht werden will, muss den Weg weitergehen, den wir unter grüner
Regierungsverantwortung mit dem Jahrzehnt der Investitionen begonnen hat. Um unsere Standortfaktoren zu schützen müssen wir den Mietenanstieg beenden, in die öffentliche und soziale Infrastruktur investieren haben. So können wir und Berlin weiter zu einer lebenswerten, prosperierenden

und klimaneutralen Metropole umbauen.

70 Damit dies schnell umgesetzt werden kann, braucht Berlin eine funktionierende
71 Verwaltung mit
72 schnelleren Genehmigungsverfahren, weniger Bürokratie und digitalen
73 Verwaltungsprozessen.
74 Das Behörden-Pingpong muss durch eine grundsätzliche Reform der Berliner
75 Verwaltung beendet
werden. Wir begrüßen, dass der Regierende Bürgermeister das Thema zur Chefsache
erklärt hat
und stehen als Bündnisgrüne in den Bezirken und als konstruktive Opposition im
Land bereit,
an einem Gelingen der Reformen mitzuarbeiten.

76 Die landeseigenen Unternehmen sind wesentlicher Teil der Berliner Wirtschaft und
77 ihre
78 Leistungen spielen gleichzeitig eine zentrale Rolle für die Transformation der
79 privaten
80 Unternehmen.
81 Wir wollen, dass die Berliner Landesbetriebe noch viel stärker eine
82 Vorbildfunktion für
83 nachhaltiges Wirtschaften und gute Arbeitsbedingungen einnehmen. Ausgründungen
84 und
85 Tochterunternehmen sind umgehend wieder in die Muttergesellschaft zurückzuführen.
86 Alle
87 Unternehmen, an denen das Land Berlin direkt oder indirekt beteiligt ist, müssen
88 ihre
89 Beschäftigten fair bezahlen; es darf nicht sein, dass der Landesmindestlohn nur
90 mit Zulagen
91 erreicht wird.
92 Die Politik muss den Rahmen für die Transformation setzen, wettbewerbliche
93 Anreize für
Unternehmen schaffen und dabei konsequent die sozialen Folgen beachten: Der
CO2-Preis muss
mit einem Klimageld verbunden werden, die Verkehrswende muss so ausgestaltet
werden, dass
sie für alle bezahlbar ist und mehr Sicherheit und Komfort bedeutet. Die
energetische
Sanierung der Wohnung muss den Mieter*innen zugutekommen und darf nicht zu
weiteren
Mieterhöhungen und Renditen für private Wohnungskonzernen führen - die Wärmewende
muss zur
BürgerWärmeWende werden. Nur wer beides zusammenbringt, Unternehmen und
Gewerkschaften als
Partner ansieht, nur wer grün und gerecht gleichzeitig handelt, wird der Aufgabe
Berlin

zukunftsicher umzubauen auch gerecht.

94 **1. Wirtschaft braucht Bündnisse und Fachkräfte**

95 Wir wollen dafür sorgen, dass alle Unternehmen ihren Beschäftigten ermöglichen
96 ihre
97 Mitbestimmungsrechte wahrzunehmen und gute Löhne zahlen. Schon heute haben
98 Unternehmen, die
99 Nachhaltigkeit als Unternehmensziel haben, weniger Probleme Mitarbeiter*innen zu
100 finden,
doch das allein reicht nicht aus: auch gute Arbeitsbedingungen und Mitbestimmung
sind
dauerhaft zentral. Attraktive Arbeitsplätze sind ein wichtiges Rezept gegen
Fachkräftemangel.

101 **Gute Arbeitsbedingungen schaffen**

102 Zu guten Arbeitsbedingungen gehören Tarifbindung und ein fairer Lohn, der ein
103 gutes Leben
104 und soziale Teilhabe ermöglicht sowie vor Altersarmut schützt. Um das zu
105 ermöglichen, bedarf
106 es einer kontinuierlichen Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns. Wir
107 unterstützen das
108 Vorhaben der Grünen in der Bundesregierung und des DIW, dass 60 Prozent des
109 prognostizierten
110 Medianeinkommens der Vollzeitbeschäftigten nicht unterschritten werden dürfen und
111 so der
112 gesetzliche Mindestlohn garantiert armutsfest ist. Auf dieser Grundlage stiege
113 der
114 Mindestlohn in den Jahren 2024 auf 14,24 und 2025 auf 14,82 Euro, wenn die
115 Annahmen der
Bundesbank zu Lohnentwicklung zutreffen. Gerade in Zeiten der Rezession und
sinkenden
Wachstums ist es entscheidend, dass Arbeitnehmer*innen nicht in die Armut
abrutschen und
sich nach wie vor ein gutes Leben leisten können. Die Transformation der
Wirtschaft muss
Erwerbsarmut beseitigen und prekären Arbeitsverhältnissen einen Riegel
vorschieben, gerade
dort, wo Beschäftigte in atypischen Beschäftigungsverhältnissen arbeiten: in
Minijobs, in
Scheinselbstständigkeit, befristet oder in Leiharbeit auf Abruf. Sie müssen vom
ersten Tag
an gleichwertig zu einer Festanstellung vergütet werden.

116 Eine monetäre Benachteiligung bei gleicher bzw. gleichwertiger Tätigkeit aufgrund
117 des
118 Geschlechts (Gender Pay Gap) und Diskriminierung aufgrund von
119 Geschlechtsnichtkonformität
120 darf es nicht mehr geben. Deshalb wollen wir die Tarifbindung in allen
121 Wirtschaftszweigen
122 ausweiten, insbesondere in Branchen, in denen vorwiegend Frauen arbeiten. Zudem
123 unterstützen
124 wir nachdrücklich das Vorhaben von Bundesfamilienministerin Lisa Paus, die
125 Regelungen des
126 Entgelttransparenzgesetzes konsequent verbindlich und wirksamer zu machen. Da
127 sowohl Frauen,
128 als auch intergeschlechtliche, nichtbinäre, trans und agender Personen häufiger
129 geringfügig
130 beschäftigt sind, setzen wir uns in ihrem Sinne für sichere Arbeitsplätze und
131 Arbeitnehmer*innenschutz ein. Dazu gehört die gezielte Unterstützung durch die
132 Bundesagentur
133 für Arbeit und die Jobcenter. Minijobs sind in sozialversicherungspflichtige
134 Beschäftigung
135 zu überführen, der Übergang in eine reguläre Festanstellung muss oberste
136 Priorität haben.
137 Zudem sind Monitoring- und Kontrollmechanismen notwendig, um Ausbeutung und
138 Diskriminierungen am Arbeitsplatz, vor allem im niedrigschwelligen Bereich,
139 arbeitsrechtlich
140 zu bekämpfen.

141

142 Gute Arbeitsbedingungen sollen für alle Menschen gewährleistet sein.
143 Wir setzen uns dafür ein, dass Beschäftigte in Werkstätten für behinderte
144 Menschen (WfbM)
145 umfangreiche Arbeitnehmer*innenrechte erhalten, für einen Verbot der
146 Taschengeldwirtschaft
und für vollständige Betriebliche Mitbestimmungsrechte.
Wir wollen die Rehabilitationsaufgabe der WfbM mittels anerkannter Aus- und
Fortbildungen
stärken und auf finanzielle Anreize und effektives Controlling setzen, damit die
WfbM ihrer
gesetzlichen Pflicht nachkommen, Menschen in den offenen Arbeitsmarkt zu
vermitteln. Wir
wollen die WfbM schrittweise in Inklusionsfirmen umbauen und das Zeitalter der
WfbM beenden.
Wir treten für ein echtes Wunsch- und Wahlrecht, gestützt durch eine unterstützte
Entscheidungsfindung, und Personenzentrierung aller Arbeitnehmer*innen mit
Behinderungen
ein. Wir begrüßen die von der Ampelregierung beschlossene sogenannte „vierte
Staffel“ der
Ausgleichsabgabe für beschäftigungspflichtige Arbeitgeber*innen, die keine
schwerbehinderten

Menschen beschäftigen, um die Antriebsfunktion der Ausgleichsabgabe zu verstärken. Wir fordern den Ausbau flächendeckender, offener Beratungsstellen für Interessierte und Unternehmen, unbürokratische sowie schnelle Hilfen zur Einrichtung von barrierefreien Arbeitsplätzen und Unterstützung bei Minderleistungen.

147 Gute Arbeitsbedingungen zeichnen sich nicht nur durch mehr betriebliche
148 Mitbestimmung und
149 starke Beschäftigtenvertretungen aus, sondern Gewerkschaften und Betriebsräte
150 müssen ihre
151 Rechte im Rahmen der Tarifautonomie ungehindert und effektiv wahrnehmen können.
152 Damit die
153 Schere bei den Einkommen nicht weiter auseinandergeht, setzen wir uns dafür ein,
154 dass sich
155 mehr Unternehmen in die Tarifbindung begeben. Das von der Bundesregierung
156 geplante
157 Tariftreue- und Tarifstärkungsgesetz, mit dem öffentliche Aufträge an
158 Tarifbindung und
159 Arbeitsbedingungen geknüpft werden sollen, ist ein wichtiger Schritt. Zudem
160 wollen wir eine
erleichterte Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen und eine
wirksame
Beschränkung der nicht tarifgebundenen Mitgliedschaften in Arbeitgeberverbänden.
In Berlin
setzen wir uns für eine Wirtschaftsförderung ein, die Tarifbindung einfordert und
auf
Nachhaltigkeit und Guter Arbeit ausgerichtet ist. Damit das Land seine
beträchtliche
Marktmacht nutzt, wollen wir die vielen Vergabestellen in die Lage versetzen,
Tariftreue bei
der Auftragsausführung nicht nur einzufordern, sondern auch zu kontrollieren und
durchzusetzen.

161 Um gute Arbeitsbedingungen für die Familien in unserer Stadt zu schaffen, ist
162 eine
163 nachhaltige Kinderbetreuungsstruktur unerlässlich. Kindertagesstätten sind
164 vorrangig
165 Bildungseinrichtungen – gleichzeitig ermöglichen sie erst die Berufstätigkeit von
166 beiden
167 Eltern.
168 Jedes Kind hat einen Anspruch auf gute frühkindliche Bildung. Ohne den täglichen
169 Einsatz der
170 pädagogischen Beschäftigten hätten viele Kinder in dieser Stadt schlechtere
171 Chancen auf

172 ihrem weiteren Bildungsweg und in ihrem Leben. Dies setzt gute Arbeitsbedingungen
173 für
174 pädagogische Beschäftigte voraus. Wir setzen uns daher weiterhin für die
175 Schaffung, den
176 Erhalt sowie die gute Ausstattung von Kindertagesstätten und der
Kindertagespflege ein. Vor
allem Eltern mit Kindern mit Förderbedarf brauchen hier unsere Unterstützung. Die
frühe
Förderung der sprachlichen Bildung in Kindertageseinrichtungen und den
Sprachfördergruppen
der Bezirke wollen wir ausbauen, um endlich Chancengleichheit in der Bildung zu
erreichen.
Doch auch Armut verhindert Bildung und schadet dem Berliner Arbeitsmarkt der
Zukunft.
Deswegen bestärken wir unsere Familienministerin Lisa Paus darin, auf Bundesebene
Kinder und
ihre Eltern finanziell zu entlasten. - Besonders dort, wo Menschen nicht nur die
Betreuungs-
und Erziehungs-, sondern auch die finanzielle Last für Kinder alleine tragen.

177 Die Digitalisierung ermöglicht es, Arbeit anders zu gestalten. Das Land Berlin
178 muss als
179 Arbeitgeber der neuen Zeit gerecht werden und flexibleres Arbeiten, „New Work“
180 und
181 Homeoffice sowie mobiles Arbeiten ermöglichen. Überdies soll die 4-Tage-Woche in
182 Pilotprojekten getestet werden. Essenziell ist dabei, eine digitale
183 Chancengleichheit und
184 Teilhabemöglichkeit zu gewährleisten. Die Stärkung der betrieblichen
185 Mitbestimmung ist eine
186 zwingende Voraussetzung, um verbindliche Vereinbarungen zum orts- und
187 zeitflexiblen Arbeiten
188 sowie neuen Arbeitsplatzmodellen zu ermöglichen und der Überlastung der
189 Beschäftigten
190 vorzubeugen. Jede Aufweichung von Arbeitszeit- und Arbeitsschutzregelungen lehnen
wir ab.
Für Mitarbeitende sowie Bewerber*innen sind die Themen Diversität, Gerechtigkeit
und
Inklusion immer bedeutender. Gleichzeitig sind Teams, die hinsichtlich Alter,
Geschlecht,
Behinderung, ethnischer und sozialer Herkunft, Religion oder sexueller
Orientierung
heterogen sind, erwiesenermaßen erfolgreicher und nachhaltiger. Deshalb wollen
wir Berliner
Unternehmen unterstützen, Maßnahmen zur Stärkung einer diskriminierungsfreien
Betriebskultur
zu etablieren - ganz nach den Prinzipien der Charta der Vielfalt.

191 **Fachkräfte ausbilden, gewinnen und halten**

192 Die Wahl des Standorts wird in Unternehmen heutzutage zunehmend von der
193 Verfügbarkeit
194 qualifizierter Arbeitskräfte beeinflusst. Fachkräfte entscheiden sich für
195 Regionen und
196 Städte, die sowohl beruflich als auch persönlich attraktiv sind. Erschwingliche
197 Mieten, eine
198 lebenswerte Stadt, erstklassige Bildungseinrichtungen, Naherholungsorte und
199 erleichterter
200 Familiennachzug sind somit zu harten Standortfaktoren für Unternehmen geworden.
201 Das Finden
und Halten von Mitarbeiter*innen stellt viele Unternehmen und Organisationen vor
Herausforderungen. Um dem Berliner Fach- und Arbeitskräftebedarf zu begegnen,
fordern wir
vom Senat, eine Koordinierungsstelle zur Behebung des Arbeits- und
Fachkräftemangels
einzurichten, um so die Zusammenarbeit von Verwaltung, Unternehmen und
Bildungsträgern zu
stärken.

202 Für die Transformation der Wirtschaft braucht es insbesondere in der
203 Energiebranche und im
204 Handwerk viele neue Arbeitskräfte. Um dem zu begegnen, soll das Land Berlin
205 gemeinsam mit
206 der Industrie- und Handelskammer (IHK) und der Handwerkskammer eine Klimaberufe-
207 Strategie
208 entwickeln. Ein Baustein dieser Strategie soll ein Berufsorientierungszentrum für
209 Klimaberufe sein, das dazu beiträgt, die Berufsbilder bekannter zu machen und
210 Interesse zu
211 wecken - insbesondere bei dort bisher unterrepräsentierten Gesellschaftsgruppen,
u.a.
FLINTA-Personen. Zudem soll der Senat die Einrichtung eines „OSZ Klimaberufe“
prüfen. Im
Rahmen der Transformation werden sich neue Berufsbilder ergeben, die auch die
Entwicklung
neuer Ausbildungsberufe nach sich zieht. Die Verfahren zur Schaffung neuer
Ausbildungsberufe
müssen daher beschleunigt werden.

212 Für die Verbesserung des Ausbildungsplatzangebotes braucht es überdies die
213 Einführung der
214 solidarischen Ausbildungsplatzumlage, wie sie in einigen Branchen bereits gelebte
215 Realität
216 ist. Es gibt keine Zeit mehr, weiter auf die Freiwilligkeit der Unternehmen zu
217 setzen.

218 Darüber hinaus wollen wir in die Verbundausbildung investieren und die
219 Zusammenarbeit
220 zwischen Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen stärken, damit die
221 Verbindung zwischen
222 akademischer und beruflicher Bildung verbessert und die Gleichstellung der
223 verschiedenen
224 Bildungswege unterstützt wird. Um mehr junge Menschen für eine duale Ausbildung
225 zu gewinnen,
226 wollen wir Ausbildungscoaching und eine verbindliche Berufsorientierung im
227 letzten Schuljahr
228 einführen. Für Arbeitnehmer*innen in körperlich oder psychisch fordernden Berufen
fordern
wir ein Angebot an Fortbildungs- und Umschulungsmöglichkeiten sowie einen
besseren Einsatz
von Rehabilitationsmaßnahmen, um im Fall einer Beeinträchtigung, die die weitere
Ausübung des
Berufs verhindert, eine Weiterbeschäftigung innerhalb des Betriebs zu
ermöglichen. Dafür
muss das Land Weiterbildung und Umschulungen stärker fördern und monetär
unterstützen. Um
auch Menschen mit Behinderungen, die (noch) nicht am Erwerbsleben teilnehmen, es
aber
wollen, als Arbeits- und Fachkräfte zu gewinnen, sind stärkere Anstrengungen der
Agenturen
für Arbeit, Jobcenter, des Inklusionsamtes sowie weiterer Stellen auf Landes- und
Bundesebene notwendig.

229 Menschen, die nach Berlin einwandern, sollen einer Arbeit nachgehen können. Auf
230 Bundesebene
231 wurde ein Einwanderungsgesetz beschlossen, das neue Zugangswege für Bildungs- und
232 Arbeitsmigration auch im gering- und unqualifizierten Bereich schafft. Um die
233 Chancen des
234 Einwanderungsgesetzes in Berlin zügig zu nutzen, bedarf es einer besseren
235 personellen und
236 strukturellen Ausstattung des Business Immigration Center Berlin. Die längeren
237 Wartezeiten
238 können durch eine Digitalisierung der Prozesse und Einrichtung eines Welcome Desk
239 für nicht
240 terminierte Anfragen und Anrufe behoben werden. Arbeitsverbote für Geflüchtete
241 wiederum
242 müssen abgeschafft werden. In diesem Sinne fordern wir eine konsequente und
243 effektive
244 Implementierung der staatlich geförderten Maßnahmen rund um Beratungs- und
245 Hilfestrukturen
246 (z.B. Willkommenszentrum der SenASGIVA). Diese wollen wir bündeln, um die
247 Potenziale des neu
248

249 verabschiedeten Chancenaufenthalts- und Staatsangehörigkeitsgesetzes zu nutzen.
250 So können
251 wir die berufliche Teilhabe von Menschen, die bereits in der Berliner
252 Stadtgesellschaft
253 leben, fördern.

254
255 Damit geflüchtete und einwandernde Personen überhaupt das Hilfe-, Arbeits- und
256 Bildungssystem nutzen können, braucht es mehrsprachige und niedrigschwellige
257 Beratungsangebote. Diese müssen nicht nur Broschüren liefern, sondern es muss im
258 persönlichen Kontakt weitervermittelt und unterstützt werden, z.B. auch bei dem
259 Schreiben

260 von Bewerbungsschreiben und Lebensläufen.

261 Wir müssen unsere Volkshochschulen, Sprachförderzentren und freien Träger
262 stärken, um die

263 Sprachförderung teilnehmendenorientiert zu gestalten und bessere

264 Arbeitsbedingungen für

265 Sprachlehrer*innen schaffen. Es braucht Berufssprachkurse, die fachspezifisch
fördern und

bei denen Fachexpert*innen und Sprachlehrer*innen gemeinsam unterrichten.

Sprachkurse müssen

zu unterschiedlichen Tageszeiten angeboten werden, damit alle Menschen an ihnen
teilnehmen

können. Zuletzt müssen Prüfungsvorbereitungen endlich außerhalb von Ferien
stattfinden.

Ein weiteres großes Potenzial für den Berliner Arbeitsmarkt können wir durch die
Steigerung

der Erwerbstätigkeit von Frauen heben. Das setzt die richtigen Strukturen und
Chancengleichheit voraus. Die Kapazitäten für Kitas und Schulen müssen ausgebaut
und die

Qualität in der Betreuung der Kinder kontinuierlich erhöht werden. Auch Angebote
für

Pflegebedürftige müssen erweitert werden, um Familien bei der Betreuung von
Angehörigen

entlasten. Zudem setzen wir mit präventiven Maßnahmen auf die Unterstützung von
Mädchen und

jungen Frauen beim Übergang von der Schule in eine Ausbildung oder ins Studium.
Auch den

Frauenanteil in Führungspositionen in Berliner Unternehmen wollen wir weiter
erhöhen. Vor

allem die Besetzung von Vorständen und Aufsichtsräten mit Frauen sollen die
Zielvorgaben des

Zweiten Führungspositionengesetz (FüPoG II) und des Landesgleichstellungsgesetz
(LGG)

erreichen.

266 Neben einem attraktiven Arbeitsplatz zählt die erschwingliche Wohnung zu den
267 harten
268 Standortfaktoren, um gut ausgebildete Fachkräfte anwerben und halten zu können.
269 Berlin
270 braucht ökologischen und nachhaltigen Wohnungsbau, um dem kontinuierlich
271 steigenden Bedarf
272 an Wohnraum über alle Einkommensgruppen hinweg, insbesondere aber für Menschen
273 mit niedrigem
274 Einkommen, gerecht zu werden. Angebotsfördernde Maßnahmen, welche im
275 Gleichschritt für die
276 Schaffung sozialen Wohnraums sorgen müssen, stellen wir in den Fokus. Wir
277 unterstützen daher
278 neue Initiativen verschiedener Unternehmen, Werkwohnungen für ihre Beschäftigten
279 zu
280 schaffen. Dabei ist es wichtig, die dadurch steigende Abhängigkeit von
281 Beschäftigten von
282 ihren Arbeitgebern im Blick zu behalten.
283 Um bezahlbaren Wohnraum für Auszubildende zu schaffen, fordern wir die
284 Einrichtung eines
285 Azubi-Werks in Berlin.
286
287 Damit die hohe Arbeitslosenquote in Berlin dauerhaft gesenkt werden kann, gilt es
288 weitere
289 Maßnahmen zu ergreifen. Wir wollen uns mit der viel zu hohen
290 Langzeiterwerbslosigkeit nicht
291 abfinden. Denn es gibt viel zu tun – und zugleich suchen viele Menschen eine
292 sinnstiftende
293 Tätigkeit! Oft liegt es an zu hohen Anforderungen oder schlechten
294 Arbeitsbedingungen
295 angebotener offener Stellen, an gesundheitlichen Einschränkungen oder
296 Diskriminierung
297 aufgrund des Alters, der Herkunft oder der Dauer der Arbeitslosigkeit, dass
298 Menschen keine
299 Arbeit finden. Wir wollen dagegen allen Menschen ein Angebot für einen gut
bezahlten und
sinnvollen Job machen. So bekämpfen wir prekäre Arbeitsverhältnisse und
Niedriglöhne,
schaffen unfreiwillige Arbeitslosigkeit ab, sorgen für mehr Gerechtigkeit, und
sorgen dafür,
dass alle Menschen, die arbeiten möchten, das tun können! Insbesondere
erfolgreiche
Pilotprojekte, wie z.B. das der sog. „Jobgarantie“, welche aktuell in Österreich
und
Frankreich durchgeführt werden, gilt unsere Aufmerksamkeit. Wir wollen ihre
Umsetzbarkeit
anhand eines an die Besonderheit der Großstadt Berlin angepasstes Modellprojekt
überprüfen.

Wir sehen Vollbeschäftigung als Aufgabe des Staates und wollen, durch die Schaffung von Arbeitsplätzen, die aufs Gemeinwohl ausgerichtet sind, jeder Person in Berlin einen Job, mit sozialverträglichem Lohn, inklusive Sozialleistungen, möglichst zur Verfügung stellen. Ziel ist es, die Wirtschaft zu stabilisieren und insbesondere Langzeiterwerbslosen wieder die Möglichkeit der Arbeit zu bieten. Es bedarf Beratungsstellen, die sensibilisiert mit Betroffenen umgehen und abseits von Vorurteilen die Menschen unterstützen und betreuen. Landesmaßnahmen wie das Jobcoaching sollen finanziell abgesichert sein und ausgebaut werden. Wir wollen es Betroffenen mithilfe von Peer-Konzepten leichter machen, Hilfe in Anspruch zu nehmen.

300 **2. Wirtschaft braucht Investitionen**

301 Im Land und in den Bezirken wollen wir Impulse für die Zukunftsfähigkeit unserer
302 Wirtschaft
303 setzen. Es braucht einen aktiven Staat, der die Ansiedlung klimaneutraler
304 Industrien und
305 Unternehmen erleichtert und verlässliche Rahmenbedingungen schafft, sowie Anreize und
Standortsicherheit für unternehmerische Investitionen, um die Wirtschaft der
Hauptstadt
nachhaltig und zukunftsfähig zu gestalten.

306 **Nachhaltig in Berlin investieren**

307 Mit der gemeinsamen Innovationsstrategie der Länder Berlin und Brandenburg
308 (innoBB 2025)
309 haben wir in den letzten Jahren einen Fokus auf Mobilität und Logistik,
310 Energietechnik,
311 Gesundheits- und Digitalwirtschaft, Medien- und Kreativwirtschaft und Optik und
312 Photonik
gelegt und bieten hiermit ein einzigartiges Ökosystem von Wirtschaft, Forschung und
engagierten Fachkräften. Berlin muss auch in Zukunft eng und im Bündnis mit
Brandenburg
vorangehen. Nur so können wir die Transformation leisten.

313 Private Unternehmen tragen einen großen Teil der Verantwortung für die

314 Wertschöpfung in
315 unserer Stadt. Sie stehen täglich vor vielfältigen Herausforderungen, so auch
ihre eigenen
Produktions- und Wertschöpfungsprozesse klimaneutral zu gestalten.

316 Dafür haben sie unsere Wertschätzung. Wir fördern insbesondere kleine und
317 mittelständische
318 Unternehmen, die Unterstützung brauchen, bei ihrem Umbau und ihren Investitionen
319 in
320 klimaneutrale Anlagen. Es ist vor allem wichtig, die Branchen im
321 Transformationsprozess
322 voranzubringen, die beim Klimaschutz vor besonderen Herausforderungen stehen und
323 die für die
324 Pariser Klimaziele von entscheidender Bedeutung sind. Zugleich wird uns
325 darüber
326 bewusst, dass nicht alle Anlagen sofort klimaneutral werden können.
327 Die landeseigene Investitionsbank Berlin (IBB) muss zu einem starken Instrument
328 der
329 Transformation werden. Die Kredit- und Förderprogramme müssen konsequent an den
330 Klimazielen
331 und den Prinzipien der Kreislaufwirtschaft ausgerichtet werden. Besonders in
332 Zeiten höherer
333 Zinsen können die IBB-Förderprogramme wieder eine starke Wirkung entfalten, wenn
Nachhaltigkeit ein grundlegendes Kriterium ist. Wir brauchen statt allgemeiner
Innovations-
und Arbeitsplatzförderung gezielte Förderprogramme für die Transformation, z. B.
um
mechanische Verwertungsverfahren in der Kreislaufwirtschaft einzuführen. Bei
allen
Förderansätzen gilt jedoch, dass keine klimaschädlichen Investitionen und
Geschäftsmodelle
subventioniert werden dürfen. Die Geschäfts- und Förderpolitik von Berlin Partner
wollen wir
auf die Berliner Klimaziele, Nachhaltigkeit und Resilienz der Berliner Wirtschaft
gegenüber
zukünftigen Krisen ausrichten. Zudem soll die Zielgruppe sozialer und
solidarischer
Unternehmen stärker adressiert werden.

334 Darüber hinaus möchten wir Green StartUps fördern, die mit innovativen Ideen und
335 Produkten
336 den Weg zu einer nachhaltigen Wirtschaft ebnen. Dies umfasst neben dem Zugang zu
337 Finanzierung, sowie zu Beratungs- und Netzwerkangeboten, die jungen Unternehmen
338 helfen, sich
339 am Markt zu etablieren und zu expandieren, auch die Bereitstellung grundlegender
Infrastruktur. Berlin benötigt nicht nur einen lückenlosen 5G-Empfang, sondern

insbesondere

auch den vollständigen Ausbau der Glasfaser-Infrastruktur in der gesamten Stadt.

340 Um nachhaltige Wirtschaftsimpulse zu setzen, wollen wir bestehende
341 Gründungszentren und die
342 11 Berliner Zukunftsorte zu Transformationsorten weiterentwickeln. Diese Orte
343 sollen zu
344 Inkubatoren für nachhaltige Innovationen und grüne Geschäftsmodelle werden, die
345 Wirtschaft,
346 Wissenschaft und Gesellschaft miteinander vernetzen und Synergien schaffen. Im
347 Zusammenspiel
348 mit dem von der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe etablierten
349 "Einheitlichen Ansprechpartner Berlin" sollen sie zu Anlaufstellen für
350 Gründungsberatung, -
förderung und -anmeldung werden. Ziel ist es, den Gründungsprozess für
Gründungswillige
weiter zu vereinfachen und Unternehmensgründungen innerhalb von 24 Stunden zu
ermöglichen.
Hier kann das Institut für Angewandte Forschung Berlin (IFAF Berlin) eine
zentrale Rolle
spielen und den Raum für Experimente, Wissensaustausch und kooperative Projekte
eröffnen,
die den ökologischen und sozialen Wandel vorantreiben.

351 Wir erwarten, dass das Sondervermögen „Klimaschutz, Resilienz und Transformation“
352 so genutzt
353 wird, dass die Mittel stets zusätzlich zu bisherigen Maßnahmen im Kernhaushalt
354 sind und
355 keine Verlagerung von Maßnahmen aus dem Kernhaushalt erfolgt. Alle Maßnahmen
356 müssen zudem
357 eine nachgewiesene hohe klimaschützende Wirkung haben. Der Forderung aus der
358 Zivilgesellschaft, dass bei der Auswahl der Maßnahmen und der Überprüfung von
359 deren
Wirkmächtigkeit Expert*innen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft eingebunden
sein sollen,
schließen wir uns an. Der Fokus des Sondervermögens muss dabei auf den
landeseigenen
Investitionen liegen. Dort wo Förderprogramme für die Wirtschaft etabliert oder
ausgebaut
werden, muss durch die Programme klimaneutrales Wirtschaften gefördert werden.

360 Es ist richtig, dass der Senat vor dem Hintergrund des Urteil des
361 Bundesverfassungsgerichts
362 zum Klima- und Transformationsfonds ein weiteres Gutachten zur Ausgestaltung des
363 Sondervermögens angekündigt hat. Der Gesetzentwurf muss im Anschluss an das
Gutachten

überarbeitet und unter Berücksichtigung des Urteils verfassungskonform ausgestaltet werden.

364 **Im Sinne des Gemeinwohls fördern**

365 Soziale Unternehmen und die solidarische Wirtschaft sind Treiber*innen der
366 ökologischen und
367 sozialen Transformation der Berliner Wirtschaft und Gesellschaft. Mit ihren am
368 Gemeinwohl
369 orientierten Geschäftsmodellen und Projekten eröffnen sie neue Wege, um die
370 digitalen,
371 sozialen und ökologischen Herausforderungen zu bewältigen. Daher haben wir die
372 Förderprogramme des Landes besser auf diese zukunftsweisenden Unternehmen
373 zugeschnitten. Wir
fordern, dass der Senat hier anknüpft und die Förderung weiter ausbaut, weitere
Vernetzungsangebote schafft, und nach dem Vorbild der „Nationalen Strategie für
soziale
Innovationen und gemeinwohlorientierte Unternehmen“ der Bundesregierung
strukturelle
Hemmnisse für eine positive Entwicklung des gemeinwohlorientierten Sektors in
Berlin abbaut.

374 Genossenschaften tragen zur demokratischen Selbstbestimmung bei und zeichnen sich
375 durch ihre
376 Langlebigkeit aus. Sie sind z.B. im Bereich Wohnen und Energie aktiv und
377 fungieren ebenso
378 als bewährte Rechtsform kooperativ wirtschaftender Unternehmen. Gründer*innen,
379 die
380 Genossenschaften ins Leben rufen wollen, sollen gezielte Unterstützung des Landes
z. B. bei
Beratungsleistungen, sowohl im rechtlichen als auch finanziellen Bereich
erhalten.
Beschäftigte, die in einer solchen kooperativen Form in gemeinsamer Verantwortung
die
Unternehmensnachfolge sichern, sollen eine besondere Förderung erhalten.

381 Die öffentliche Auftragsvergabe von Senat und Bezirken möchten wir effizienter
382 und
383 zielgerichteter gestalten und die Mitarbeiter*innen der Verwaltung entlasten.
384 Dafür müssen
385 wir die Verfahren bündeln, etwa nach Produktgruppen, und die Mitarbeiter*innen in
386 die Lage
387 versetzen, für eine nachhaltige Beschaffung soziale und ökologische Kriterien mit
388 der
389 Wirtschaftlichkeitsbetrachtung in Einklang zu bringen und fundierte
390

391 Entscheidungen zu
392 treffen. Dass wir Beschaffungsvorgänge anwendungsfreundlicher gestalten und
393 Bürokratie
394 abbauen müssen, steht dazu nicht im Widerspruch. Die öffentliche Auftragsvergabe
395 muss dabei
396 auch auf kleine und mittlere Unternehmen, insbesondere Startups und junge
397 Unternehmen
398 ausgerichtet sein. Wir ermöglichen deshalb einen vereinfachten, rechtssicheren
399 Zugang für
400 solche Unternehmen zu öffentlichen Aufträgen in Berlin.
401

Zudem soll Berlin seine Marktmacht im Rahmen der öffentlichen Beschaffung stärker für die Förderung klimaneutraler Dienstleistungen und Waren nutzen und das existierende öko-soziale Beschaffungswesen zu einer klimaneutralen Beschaffung weiterentwickeln. Erstmals 2025 sollen Kriterien zur Berücksichtigung aller THG-Emissionen, die entlang der gesamten Wertschöpfungskette durch die zu beschaffenden Produkten und Dienstleistungen entstehen, bei der Vergabe von Aufträgen an Unternehmen eine Rolle spielen. Die Gewichtung dieses Kriteriums und das damit einhergehende Ziel einer klimaneutralen Beschaffung soll Jahr für Jahr zunehmen und schließlich dazu führen, dass Berlin ab Beginn des nächsten Jahrzehnts nur noch klimaneutral beschafft, wie dies z.B. auch der National Health Service im Vereinigten Königreich anstrebt.

402 Vergabeprozesse sollen vermehrt Innovationspartnerschaften vorsehen, z.B.
403 zwischen Startups,
404 etablierten Unternehmen und der öffentlichen Hand. Damit werden mehr innovative
405 Projekte
möglich, die jungen Unternehmen die Möglichkeit bieten, ihre Ideen zu skalieren und erfolgreich am Markt zu platzieren.

406 **Den neuen Wohlstand finanzieren**

407 Bündnisgrüne Finanzpolitik kann entscheidend dazu beitragen, das
408 gesellschaftliche
409 Zusammenleben und die Transformationsprozesse aktiv zu gestalten. Die 2022 in
410 Kraft
411 getretene EU-Taxonomie, die ein finanzpolitisches Klassifizierungsinstrument für

412 die
413 Klimawirksamkeit von Wirtschaftsaktivitäten darstellt, wird auch in Berlin eine
414 große
415 Wirkung entfalten. Bei der Umsetzung wollen wir die Unternehmen unterstützen.
416 Grüne Finanzpolitik ist aber mehr: Hierzu sind neben der Förderung nachhaltiger
417 Unternehmen
418 auch Investitionen in eine klimaneutrale öffentliche Daseinsvorsorge und
419 Infrastruktur, wie
420 Schulen und öffentlicher Nahverkehr, zentral. Die derzeitigen Schuldenregeln
421 bremsen jedoch
422 wichtige staatliche Investitionen aus und gefährden damit den gesellschaftlichen
423 Zusammenhalt, die wirtschaftliche Entwicklung und die Transformation hin zu einem
424 klimaneutralen und resilienten Berlin. Die Schuldenbremse hat sich als echte
425 Zukunftsbremse
426 erwiesen. Sie schränkt den staatlichen Handlungsspielraum für die dringend
427 erforderliche
428 sozial-ökologische Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft massiv ein und
429 gefährdet
430 so die Durchsetzung der Klimaziele und deren soziale Absicherung. Die Einhaltung
431 der Pariser
Klimaschutzabkommen ist unter den Finanzierungsbedingungen der Schuldenbremse
nicht möglich.
Gleichzeitig hat das Bundesverfassungsgericht dem Klimaschutz Verfassungsrang
eingeräumt.
Wir sehen uns durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Klima- und
Transformationsfonds in unserer Kritik an der unflexiblen, im Grundgesetz
festgeschriebenen
Schuldenbremse bestätigt. Das Urteil hat die die Dringlichkeit zu einer
grundlegenden
Überarbeitung der verfassungsrechtlichen Regeln für die staatliche Kreditaufnahme
noch
einmal deutlich erhöht, um weiterhin kreditfinanzierte Investitionen tätigen zu
können und
dabei die volle parlamentarische Kontrolle zu gewährleisten. Wir wollen die
Schuldenbremse
in ihrer jetzigen Form abschaffen und die Schuldenregeln reformieren. Zukünftig
sollen die
Schuldenregeln für Bund und Länder so ausgestaltet werden, dass sie die dringend
notwendigen
Investitionen in die Zukunft ermöglichen.

432 Gleichzeitig setzen wir auch auf EU-Ebene für eine Flexibilisierung der EU-
433 Schuldenregeln
434 zugunsten von kreditfinanzierten Investitionen, insbesondere um eine Erreichung
der EU-weite
Klimaziele zu ermöglichen.

435 In 1,5 Jahren bündnisgrüner Verantwortung im Finanzsenat haben wir die Finanz-
436 und
437 Haushaltspolitik stärker auf Nachhaltigkeit ausgerichtet. Im Januar 2023 haben
438 wir die erste
439 Nachhaltigkeitsanleihe des Landes Berlin mit sehr großem Erfolg aufgelegt. Durch
440 diese wird
441 die ökosoziale Transformation Berlins unterstützt und sie zeigt, dass die
442 ökologische
Transformation mit dem Ausbau der sozialen Infrastruktur Hand in Hand zu denken
ist. Dies
muss fortgeführt und ausgebaut werden. Der schwarz-rote Senat wirft die
Nachhaltigkeit
jedoch über Bord und zeigt mit dem Entwurf des Doppelhaushaltes 2024/25 und dem
darin
enthaltenen Abschmelzen aller Rücklagen, wie kurzsichtig und unseriös er
wirtschaftet.

443 Unsere bündnisgrünen Senatsverwaltungen für Finanzen und Klimaschutz hatten (mit
444 der
445 Haushaltsaufstellung für die Jahre 2024 und 2025) begonnen, die Klimawirksamkeit
446 staatlicher
Ausgaben im Rahmen eines Klimamonitorings zu erfassen. Dieser Ansatz einer
nachhaltig
orientierten Finanz- und Haushaltspolitik soll zu einem Klimabudget ausgebaut
werden.

447 **3. Wirtschaft braucht nachhaltige Ressourcen**

448 Wissenschaftler:innen des Wuppertal Institut und des Instituts der Deutschen
449 Wirtschaft
450 sprechen von einem „Renewables-Pull-Faktor“ und meinen damit, dass international,
451 aber auch
452 im Wettbewerb der deutschen Regionen, die Verfügbarkeit von erneuerbaren Energien
453 eine immer
454 wichtigere Rolle bei Standortentscheidungen von Unternehmen spielen wird. Bereits
455 heute
456 werden Neuansiedlungen im Ost und Norden Deutschlands genau damit begründet und
457 Länder wie
458 Bayern befürchten aufgrund fehlender erneuerbarer Energie Industrieabwanderungen.
459 Es wird
460 immer klarer: der Ausbau der Erneuerbaren ist aktive Industriepolitik. Wir setzen
461 uns dafür
462 ein, dass in Gewerbegebieten Anlagen – Solar, Wärmetauscher, Geothermie wie auch
Wind –
schneller genehmigt und errichtet werden können und der Strom direkt vor Ort
nutzbar ist.

Mit Einspeisung in Fernwärmenetze und lokale Nahwärmenetze können Gewerbegebiete so auch einen Beitrag zur Wärmewende im privaten Bereich leisten. Die Metropolregion Berlin-Brandenburg hat darüber hinaus das Potenzial, zum grünen Standort für nachhaltige Batterieproduktion zu werden – mit ausschließlicher Produktion über erneuerbare Energien, einer Second-Life-Industrie zur Zwischenspeicherherstellung und dem Recycling wertvoller Ressourcen.

463 Wir müssen alle Formen der Energiespeicherung verbessern und die Forschung darin
464 deutlich
465 stärken. Neben besseren Batterien und dekarbonisierten Wärmenetzen wird auch
466 echter grüner
467 Wasserstoff eine entscheidende Rolle spielen. Dabei wird Wasserstoff zuvorderst
468 für
469 Industrie und auf der Langstrecke beim Schiffs- und Luftverkehr sinnvoll sein.
Das Land
Berlin muss seiner Verantwortung gerecht werden und klar den Vorrang von
Wasserstoff für die
Wirtschaft aussprechen und darf nicht länger Wasserstoff als die Allzwecklösung
für alle
Bereiche verplanen.

470 Brandenburg hat gemeinsam mit Berlin einen Maßnahmenkatalog für den Aufbau einer
471 Wasserstoffstrategie vorgelegt. Der neue Berliner Senat ist bis heute eine
472 maßnahmengenaue
473 Unterlegung der H2-Roadmap schuldig geblieben. Wir fordern eine eigene
474 Wasserstoff-Strategie
475 in Berlin, die systematisch die bestehenden Industriegebiete und Zukunftsorte in
476 den Blick
477 nimmt und diese ins Wasserstoff-Zeitalter holt. Die vom schwarz-roten Senat
verfolgte
Strategie, Wasserstoff für die Wärmeversorgung einzusetzen, könnte sich zum
Standortrisiko
für die Berliner Industrie entwickeln, die auf grünen Wasserstoff für die
energieintensive
Produktion angewiesen ist.

478 Ein Schwerpunkt jeder nachhaltigen Wirtschaftspolitik liegt auf der Förderung der
479 Kreislaufwirtschaft. Rohstoffe sind nicht nur in der Erde und in allen
480 Investitionsgütern
481 und Produkten, sondern auch in Gebäuden, Infrastrukturen und Deponien vorhanden.
482 Besonders
483 das Recycling kritischer, für die Transformation notwendiger Rohstoffe trägt zur

484 größeren
485 Unabhängigkeit von einzelnen Lieferanten bei. Es stärkt die Resilienz Berlins und
486 reduziert
487 die Abhängigkeit von kritischen Importen. Wir wollen die Wiederverwendung und
488 Weiternutzung
489 von Rohstoffen steigern.

491 Daher wollen wir Unternehmer*innen aller Branchen und Sektoren dazu ermuntern und
492 dabei
unterstützen, sich ambitionierte Ziele für Klimaneutralität und eine effektive
Kreislaufwirtschaft entlang ihrer gesamten Wertschöpfungskette zu setzen und
diese auch mit
Nachdruck zu verfolgen. Dafür sollen Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote zu
Klimaschutzmanager*innen und anderen Schlüsselberufen sowie der Wissensaustausch
zwischen
Unternehmen und Forschungseinrichtungen gestärkt und Beratungsangebote und
Investitionsprogramme der IBB ausgebaut werden.

493 An zentraler Stelle steht der Bau- und Gebäudesektor. Laut dem Bundesumweltamt
494 haben
495 Bauabfälle mit ca. 60 % den höchsten Einzelanteil im Abfallaufkommen und haben
496 mit Abstand
497 den größten Anteil der CO₂-Emissionen. Deshalb muss mit der Bauordnung auch der
498 Abriss von
499 Wohnungen und Häusern, wo immer möglich, vermieden werden und bei Neubauten nur
500 noch mit
501 wiederverwertbaren Materialien gearbeitet und zirkuläres Bauen zur Norm werden.
502 Insbesondere
503 im Neubau müssen Bauregeln eingeführt werden, die darauf setzen, dass der
504 Gebäudebestand
505 erst gar nicht abgerissen wird. Einfache und materialsparende Bauweise, ebenso
506 wie flexible
507 Gebäudestrukturen, die unterschiedliche Nutzungen ermöglichen, führen zu
508 geringeren
509 Herstellungs- und Instandhaltungskosten und gewährleisten deutlich längere
Lebenszyklen. Das
spart Rohstoffe und Energie, verringert CO₂-Emissionen und führt zu
preisgünstigen
Mietshäusern.
In der Bauordnung muss dringend die Klimakrise beispielsweise durch mehr Grün,
Netto-Null-
Versiegelung und Schwammstadt-Konzepte berücksichtigt werden, ebenso wie die
Notwendigkeit
zur Anpassung an Extremwetterereignisse. Zusätzlich hierzu muss die Resilienz der
Berliner
Wirtschaft auch durch einen sektorübergreifenden Hitzeaktionsplan, eine Berliner

Starkregengefahrenkarte und die Förderung innovativer Lösungen zur Klimaanpassung gestärkt werden.

510 Um dem Innovationspotenzial sowohl im Bestand als auch im Neubau zum Durchbruch
511 zu verhelfen
512 und die Bauwirtschaft und den Immobiliensektor zukunftsfähig aufzustellen, wollen
513 wir das
514 dafür notwendige und im Innovationsprozess entstehende Wissen und Know-how in
Zusammenarbeit
mit Forschungs- und Ausbildungseinrichtungen, Kammern und Wirtschaftsverbänden in
einem
Berliner Bauinnovationszentrum bündeln und zugänglich machen.

515 Wasser wird zunehmend knapp und ist eine Ressource, die besser geschützt und im
516 Kreislauf
517 geführt werden muss. Wir brauchen Wasserpreise, die Unternehmen ausreichend
518 Anreize zum
519 sparsamen Wasserverbrauch geben, denn der Wasserfußabdruck von Unternehmen spielt
520 eine
521 wichtige Rolle. Zudem müssen Wasserrechte und Wasserverbrauch von Unternehmen in
522 Berlin
523 transparenter werden. Bei Gebühren, wie etwa den Wasserpreisen für Haushalte
wollen wir eine
soziale Staffelung erreichen. Ausgehend vom Durchschnittsverbrauch der jeweiligen
Haushaltsgröße, wollen wir die Preise bis zu einer Grundmenge senken. So
entlasten wir
Geringverdiener*innen, die von der Teuerung der letzten Zeit besonders hart
getroffen
wurden.

524 **4. Wirtschaft braucht Forschung und Innovation**

525 Für eine nachhaltige und prosperierende Stadt haben Aus-, Fort- und
526 Weiterbildung,
527 Innovation und Unternehmertum eine Schlüsselrolle inne. Wir setzen uns für eine
528 Wirtschafts-
und Wissenschaftspolitik ein, die kreative Ideen fördert, technologische
Fortschritte
unterstützt und dabei konsequent auf ökologische und soziale Standards achtet.

529 Wir bekennen uns zu der Freiheit von Forschung und Lehre und wollen die wichtige
530 Vorbildrolle, die Hochschulen, deren Lehrkräfte, Forscher*innen und Student*innen
531 bei der
532 sozial-ökologischen Transformation einnehmen, fördern. Dabei müssen wir Schritt-

533 und
534 Sprunginnovationen gleichermaßen in den Blick nehmen. Wir sehen in innovativen
535 Durchbrüchen
536 das Potenzial, nachhaltige Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft
537 herbeizuführen und
538 Berlin als Standort für zukunftsweisende Technologien und Geschäftsmodelle zu
539 stärken. Doch
540 soll die Konzentration auf Disruptionen nicht den Blick darauf verstellen, dass
die meisten
Errungenschaften durch graduelle Verbesserungen und kontinuierliche
Forschungspfade
aufeinander aufbauender Entwicklungen ihre heutige Reife erhalten haben. Wir
unterstützen
daher Förderansätze, die den Weg von der Idee bis zur Marktreife effektiv
unterstützen, und
neben den Ressourcen auch Rahmenbedingungen, die Innovationsprozesse begünstigen
und
beschleunigen schaffen.

541 Dabei gilt es Zukunftstechnologien, wie z. B. Künstliche Intelligenz, deren
542 Entwicklung
543 rasend schnell geht, gezielt voranzubringen. Die Grundsatzentscheidung, ob Berlin
544 in diesem
545 Bereich auch zukünftig ein relevanter Player sein wird, muss jetzt getroffen
546 werden. Berlin
547 verfügt bereits über Leuchtturmprojekte, die ihre Leuchtkraft aber noch nicht
548 vollständig
549 entfalten konnten. Das Berliner Kompetenzzentrum BIFOLD ist eines der fünf
550 geförderten
551 nationalen universitären KI-Zentren. Allerdings holen andere Standorte in
552 Deutschland mit
553 massiven Investitionen und großer landespolitischer Unterstützung stark auf. Im
554 Gegensatz zu
klassischen Startups, zum Beispiel aus den Ingenieurdisziplinen, findet KI-
Grundlagenforschung ihren Weg schnell in die Anwendung. Um den Standortvorteil
Berlins
auszuschöpfen, bedarf es weiterer finanzieller Unterstützung der
Forschungseinrichtungen, um
eine Vernetzungsplattform für die gesamte KI-Szene Berlins zu bieten und so
interdisziplinäre und innovative Forschung zu ermöglichen. Es bedarf außerdem der
Flankierung und Verknüpfung von landeseigener Wissenschaftsförderung mit dem
Kompetenzzentrum, um die KI-Forschungslandschaft in Berlin stärker zu bündeln.

555 **5. Wirtschaft braucht Platz**

556 Unsere Stadt braucht Lager-, Produktions- und Werkstattflächen, Ladenflächen und

557 Büroflächen. Sie stehen in Konkurrenz zu anderen Nutzungen, u. a. oft zum Wohnen.
558
559 Vielfältige Nutzungen im verdichteten Raum gehören zur DNA unserer Stadt. Unser
560 Ziel ist es,
561 das Miteinander zu organisieren, nicht das Gegeneinander. Wir wollen kreative und
562 produktive
563 Räume in Berlin erhalten und neue schaffen. Wir setzen uns für die Entwicklung
564 und Zulassung
565 von Mischgebieten ein, die das Wohnen, soziale Infrastruktur, Kultur und Gewerbe
566 harmonisch
567 miteinander vereinen. In diesen Zonen soll eine nachhaltige, integrierte
568 Stadtplanung
569 ermöglicht werden, die kurze Wege fördert, soziale Interaktion stärkt und
570 gleichzeitig Raum
571 für innovative Industrie- und Gewerbeansiedlungen schafft. Synergien für die
572 Wärmewende
573 wollen wir nutzen.
574

575 Die Rückkehr der Industrie in die Stadt ist dank Digitalisierung und
576 emissionsarmen,
577 umweltverträglichen und nicht störenden Produktionsmethoden von der Vision in
578 greifbare Nähe
579 gerückt. In einer Zeit, in der Resilienz, Geschwindigkeit und Effizienz eine
580 herausragende
581 Rolle spielen, liegen die Vorteile in der Stadt. Die Chancen, die X-
Manufacturing, Industrie
4.0, Rapid Prototyping sowie additive Fertigung bieten, wollen wir konsequent
nutzen.

Die Entwicklung der Gewerbemieten setzt Betriebe und soziale Einrichtungen stark
unter
Druck. Durch ein flächendeckendes Gewerbekataster soll die Verfügbarkeit von
Gewerbeflächen
dynamisch erfasst und öffentlich zugänglich gemacht werden. Landeseigene
Gewerbeimmobilien
können einen wichtigen Beitrag dazu leisten, Unternehmen die benötigten Flächen,
möglichst
energieeffiziente Gebäude und Infrastruktur (inkl. erneuerbarer Energie durch
Photovoltaik-
Anlagen auf den Dächern) bereitzustellen. Landes- und bezirkseigene
Gewerbegebiete in Berlin
sollen konsequent klimaneutral ausgerichtet werden.

582 Die bestehenden Gewerbegebiete wollen wir in produktive, klimaangepasste
583 Stadtquartiere

584 transformieren. Wo städtebaulich verträglich und möglich soll unter Einbindung
585 der
586 bestehenden Nutzer*innen eine Stapelung von verschiedenen Gewerbetypen und
587 Nutzungen
588 angestrebt werden. So kann bereits versiegelter Boden mit einer höheren
589 Flächeneffizienz
590 ausgenutzt und die Transformation zu Formen nachhaltigen Wirtschaftens gefördert
591 werden. Mit
592 dem Umbau der Gewerbegebiete können Maßnahmen der Klimaanpassung vorgenommen
593 werden, zum
594 Beispiel um lokalen Hitzeinseln und Überschwemmungen vorzubeugen.

596 Das Angebot an landeseigenen Gewerbeflächen und die Standortprofile der
597 Gewerbehöfe,
598 Gründer- und Innovationszentren müssen erhöht werden und die Flächenvergabe muss
transparent
und gemäß dem Leitbild klimaneutraler und nachhaltiger Wirtschaft an Unternehmen,
vergeben
werden. Aktuell wird der erste neue landeseigene Gewerbehof von der WISTA
Management GmbH in
Berlin Lichtenberg geplant, aber der neue Senat bringt hier nichts voran. Wir
brauchen
dringend weitere landeseigene Gewerbehöfe für die Gründungsförderung,
Innovations- und
Industriepolitik, KMU-Förderung und generelle Unternehmensansiedlung. Grundstücke
für
Gewerbe gemeinwohlorientiert und nachhaltig entwickeln – das heißt für uns auch
die
Förderung der Gründung von Gewerbehöfen in genossenschaftlichem Besitz.

599 Wir treten energisch dafür ein, das Handwerk zukunftssicher und nachhaltig zu
600 gestalten. Das
601 Berliner Handwerk in seiner ganzen Vielfalt ist einer der wichtigsten
602 Wirtschaftsfaktoren in
603 Berlin und spielt eine tragende Rolle auf dem Weg der Stadt zur Klimaneutralität:
604 ob bei der
605 energetischen Sanierung von Gebäuden, beim Bau von Solaranlagen oder beim Einbau
606 von
607 Heizungstechnik, die auf Erneuerbaren basiert. Wir wollen lokale Betriebe stärken
608 und ihre
609 Verdrängung stoppen. Dafür brauchen wir endlich bezahlbare landeseigene
610 Gewerbeflächen
611 genauso wie auf Bundesebene eine Gewerbemietpreisbremse, einen verbindlichen
612 Gewerbemietpreis, besseren Kündigungsschutz und Milieuschutz für Gewerbe.
613 Gerade für
614 Betriebe, die einen Beitrag zur Transformation in eine soziale oder
615

616 umweltschützende und
Klimaneutrale Wirtschaft leisten, sind sowohl Werkzeuge zur Stabilisierung und
Minderung
ihrer Mieten, als auch Maßnahmen für einen besseren Bestands- und
Kündigungsschutz zu
entwickeln. Wir fordern Indexmietverträge zukünftig nicht nur beim Wohnen,
sondern auch beim
Gewerbe zu untersagen und eine Kappungsgrenze für bestehende Indexmietverträge
einzuführen.
Auch die Erweiterung des Berliner Modells der kooperativen Baulandentwicklung auf
Gewerbeneubau ist längst überfällig, um neuen bezahlbaren Gewerberaum zu
schaffen.
Angesichts der hohen Inflation und Energiekosten setzen wir uns für einen
Mietenstopp für
Kleingewerbe und soziale Infrastruktur ein. Genossenschaftliche Ansätze auch im
Gewerbebereich wollen wir unterstützen und fördern.

617 **6. Wirtschaft braucht Verkehrswege**

618 Handel, Tourismus, Industrie, Paketlieferdienste – Wirtschaftsverkehr ist
619 unverzichtbar für
620 eine Großstadt wie Berlin. Wirtschaftsverkehr geht uns alle an: Wir wollen
621 frische
622 Lebensmittel, dass Waren aus der Produktion in die Läden kommen, und wir sind auf
623 Dienstleistungen angewiesen. Wir möchten eine zuverlässige Stadt, in der
624 Feuerwehr, Polizei
625 sowie Ver- und Entsorgung reibungslos funktionieren.
626 Den vielfältigen Aufgaben und Interessen gerecht zu werden, ist eine komplexe
627 Aufgabe.
628 Dieser Herausforderung stellen wir uns – immer mit den Menschen und unserer
629 Verantwortung
630 für Berlin im Mittelpunkt.

632 **Probleme packen wir an**

633 Wirtschaftsverkehr braucht Ressourcen und verursacht die gleichen Nebeneffekte
634 wie andere
635 Verkehre auch. Wir gehen mit den begrenzten Ressourcen effizient und schonend um
636 und wollen
637 die negativen Begleiterscheinungen Stück für Stück reduzieren.
638 Verkehr braucht Fläche. Die Anzahl der Menschen in dieser Stadt nimmt zu, ebenso
639 ihre
640 Mobilitätsbedürfnisse. Die Fläche Berlins wächst nicht mit. Deshalb werden wir
641 die
642 vielfältigen Verkehrsinteressen in einen fairen Ausgleich bringen. Wir werden den
643 Wirtschaftsverkehr angemessen berücksichtigen und ihm den notwendigen Raum geben.
644 Wir

645 erkennen auch, dass privater KFZ-Verkehr den höchsten Flächenanspruch bei
646 vergleichsweise
647 geringer Verkehrsleistung hat, besonders der sogenannte ruhende Verkehr. Auch der
648 alltägliche Verkehrsstau ist wirtschaftsfeindlich.
649 Die Sicherheit im Straßenverkehr ist ein hohes Gut, insbesondere für die
650 schwächeren
651 Verkehrsteilnehmenden. Das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit ist für
652 uns nicht
653 verhandelbar. Neben dem persönlichen Schicksal und der Trauer belasten im
654 Straßenverkehr
655 verletzte und getötete Personen die Wirtschaft Berlins jedes Jahr um hohe
656 Millionenbeträge.
657 Kostenintensive Arbeitsausfälle können vermieden werden.
658 Deshalb wollen wir auch den Wirtschaftsverkehr sicherer machen, unter anderem mit
659 verpflichtenden Abbiegeassistenten bei LKWs über 7,5t. Wir erwarten, dass der
660 Senat für die
661 eigene Flotte und die der landeseigenen Unternehmen die Nachrüstung mit
662 Abbiegeassistenten
663 finanziert und fortführt. Auch die entsprechende Förderung von Unternehmen muss
664 fortgesetzt
665 werden. Der Senat soll eng mit der Berufsgenossenschaft und der
666 Versicherungswirtschaft
667 zusammenarbeiten, um Berufskraftfahrende für die Besonderheiten des sicheren
668 Fahrens in
669 einer Großstadt zu sensibilisieren und weiterzubilden.
670 Die menschengemachte Erderwärmung und unsere Verantwortung für eine
671 enkeltaugliche Welt
672 erkennen wir an. Auch der Wirtschaftsverkehr soll einen Beitrag zur Reduzierung
673 von
674 Emissionen leisten: durch die Verlagerung möglichst vieler Wirtschaftsverkehre
675 auf
676 emissionsfreie Transporte sowie durch die Elektrifizierung und Dekarbonisierung
677 der
678 Fahrzeuge. Hier muss Berlin seiner Vorreiterrolle gerecht werden. Eine geeignete
679 Ladeinfrastruktur ist stadtverträglich zu errichten und dient als
680 Standortvorteil, auch für
681 die Ansiedlung oder die Vergabe von Flächen und Grundstücken.
682 Kurzum: Wir unterstützen den Wirtschaftsverkehr und möchten ihn effizienter,
683 sicherer,
684 sauberer und leiser machen.

686 **Güterverkehr – ökologisch und modern aufstellen**

687 Wir wollen bestehende Schienennetze effektiver nutzen und neue Möglichkeiten
688 eröffnen. In
689 anderen deutschen Städten gibt es Güter-Trams, die das Straßenbahnnetz nutzen.
690 Dort, wo es
691 möglich ist, werden für Gütertransporte auch heute schon Wasserwege genutzt. Für

692 eine starke
693 Wirtschaft werden wir die Potenziale einer intermodalen City-Logistik weiter
694 ausschöpfen.
695 Wir sind für einen offenen Umgang mit Verkehrsdaten und eine Open-Data-Plattform,
696 auf der
697 Daten zum Verkehrsaufkommen, zu Baustellen oder auch Großveranstaltungen
698 tagesaktuell
699 dargestellt werden.
700 Die vorhandenen tri- und bimodalen Güterverkehrszentren sind dringend
701 weiterzuentwickeln, um
702 die Straßen zu entlasten. Zusätzlich braucht es dringend ein landesweites Konzept
703 für
704 emissionsfreie Mikromobilität im Wirtschaftsverkehr mit zentralen und dezentralen
705 Mobility
706 Hubs. Auch hier muss das Land Berlin als Vorbild voranschreiten und diese auf
707 eigenen
708 Flächen mit eigenen Gesellschaften oder geeigneten Partnern realisieren – die
709 BEHALA leistet
710 schon jetzt gute Pionierarbeit, die weiter ausgebaut werden muss, weitere
landeseigene
Gesellschaften müssen hier einen Beitrag leisten.
Die Belange des Wirtschaftsverkehrs müssen insbesondere bei der Planung neuer
Stadtquartiere
mitbedacht werden. Schwerverkehr auf unseren Straßen muss auch für Fahrer*innen
sicher und
stressfreier werden, zugeparkte Kreuzungsbereiche führen zu Zeitdruck und erhöhen
die
Unfallgefahr.
Paket- und Lieferdienste, Handwerker:innen und Dienstleister sind oftmals auf
KFZs
angewiesen, insb. wenn sie Material transportieren. Dazu brauchen sie freie Lade-
und
Lieferzonen, bzw. geeignete Halte- und Kurzzeitparkmöglichkeiten, die nah bei den
zu
beliefernden Geschäften und Kund:innen liegen. Diese dürfen nicht mit
Falschparkern belegt
sein. Regelwidrige Inanspruchnahme durch Verkehrsteilnehmer soll konsequent
verfolgt und
sanktioniert werden. Die sog. „Berliner Linie“, d.h. das kurzzeitige Halten oder
Parken auf
Radwegen oder Lieferzonen, um z.B. ein Brötchen zu holen, schadet der Wirtschaft
genauso wie
den Schwächeren im Straßenverkehr.
Wir setzen auf digitale Buchungssysteme und ein nachhaltiges Parkraummanagement.
Wir
brauchen ein Pilotprojekt zur Ausweitung von Lieferzeitfenstern, um zu testen, ob
moderne

Technik annähernd geräuschlose Anlieferung auch in den Tagesrandzeiten für Anwohnerinnen und Anwohner erträglich macht. Dies kann ein Anreiz sein, schneller auf elektrische Antriebe umzusteigen.

Vor allem auf der „letzten Meile“ wollen wir Lastenräder und kleinere, elektrisch angetriebene Kraftfahrzeuge fördern. Dazu braucht es den weiteren Ausbau zukunftstauglicher

Infrastruktur: Mikro-Depots und Übergabestellen auf Lastenräder. Der Senat muss den

Anbietern dabei helfen, geeignete Standorte zu finden, aber auch gleichzeitig Vereinbarungen

treffen, dass möglichst viele Verkehre von verschiedenen Nutzern zusammengebunden und

effizienter geführt werden. Besonders Lastenfahrräder sind flexibel und nehmen weniger

Fläche in Anspruch. Für diese braucht es geeignete Radverkehrsanlagen, ausreichend breit,

damit auch ein sicheres Überholen möglich ist.

Personenwirtschaftsverkehr

Menschen im Wirtschaftsverkehr wollen wir attraktive Angebote im Umweltverbund machen. Das

entlastet Straßen für diejenigen, die ein KFZ nutzen müssen. Nur mit einem leistungsfähigen

Umweltverbund ist Berlin für Arbeitskräfte als Standort attraktiv.

Der ÖPNV muss flexibel und sicher nutzbar sein, um Menschen zu ihren Beschäftigungsorten zu

befördern. Ausfälle und Verkürzungen sind mit vorausschauender Angebotsplanung zu vermeiden.

Es bedarf dichter Taktzeiten, weiterer Umsteigemöglichkeiten und des Lückenschlusses,

außerdem ausreichender und ausgebildeter Fahrer:innen. Die dafür notwendigen Mittel wollen

wir ausweiten und bereitstellen. Ein guter ÖPNV ist nicht bloß eine ökologische und soziale

Frage, sondern die Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung und Prosperität.